



Rezension zu: Sascha Regier. 2022. Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung. Bielefeld: Transcript Verlag

Dagmar Comtesse

Bereits der Titel der Dissertationsschrift von Sascha Regier zeigt an, dass der Autor zwei Ziele gleichermaßen verfolgt: die Formulierung einer gesellschaftstheoretisch basierten Staatstheorie und eines alternativen Konzeptes von Politischer Bildung. Man muss nicht intim mit der Politikwissenschaft vertraut sein, um den begrifflichen und traditionellen Zusammenhang von Politischer Bildung und Staatstheorie plausibel zu finden. Jedoch impliziert dies eine doppelte Zielsetzung, die vom Autor durchaus hierarchisiert gehandhabt wird, da er die Begründung eines „konkurrierenden Ansatz[es] der Politischen Bildung“ zum „Ziel dieses Buches“ (11) erklärt, und zugleich zwei Argumentationslinien auf dem Weg dorthin bearbeitet. Auch wenn diese erfreulicherweise durchgehend miteinander verwoben sind, ist die Struktur des Buches zweigeteilt. Auf den ersten 140 Seiten wird die Absicht entfaltet, ein alternatives, besseres Konzept Politischer Bildung zu entwerfen und dessen Notwendigkeit für die Demokratisierung der Gesellschaft anhand vielfältiger Belege des unkritischen Staats- und Herrschaftsverständnisses der als ‚hegemonial‘ markierten Konzepte zu plausibilisieren. Die nachfolgenden 200 Seiten drehen sich fast ausschließlich um die Erarbeitung einer Staatstheorie, die dem alternativen Konzept Politischer Bildung zugrunde gelegt werden kann. Dieser Teil verwebt die doppelte Argumentationslinie jedoch fast nur noch am Ende der einzelnen staatstheoretischen Rekonstruktionsschritte, in den jeweiligen ‚Resümees‘. Da die Darstellung eines vornehmlich postmarxistisch informierten Staatsbegriffs für den fachdidaktischen Diskurs nicht so zentral ist wie die Kritik und Konzeptionalisierung der Politischen Bildung, gehe ich zunächst kurz auf den staatstheoretischen Teil ein, bevor ich eingehender die Diskussion der verschiedenen Konzepte Politischer Bildung beleuchte.

D. Comtesse (✉)
Universität Duisburg-Essen, Essen, Deutschland
E-Mail: dagmar.comtesse@uni-due.de

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer-Verlag GmbH, DE, ein Teil von Springer Nature 2025

C. Thein et al. (Hrsg.), *Jahrbuch für philosophiedidaktische Forschung 2024*, Jahrbuch für philosophiedidaktische Forschung, https://doi.org/10.1007/978-3-662-69672-9_11

Für jene unter der Leserschaft, die sich für neue und alte Staatskritik, von Karl Marx bis Judith Butler, interessieren, ist der zweite Teil des Buches durchaus lesenswert. Der umfassende Anspruch, einen von allen herrschaftskritischen Staatstheorien informierten Staatsbegriff zu entwickeln, führt den Autor von der Genese des Nationalstaats über die Kritik der sozialen Marktwirtschaft zur Regulationstheorie, zur neogramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie und schließlich affirmativ zu Nicos Poulantzas Staatstheorie. Diese wird um eine gouvernementalitätskritische Perspektive, eine rechtskritische und eine feministische Perspektive erweitert. Allerdings bearbeitet der Autor auf seiner *tour de force* durch die europäische Staatskritik dermaßen viele Theorien und Autor*innen, dass es zu der ein oder anderen Oberflächlichkeit und ungenauen Rekonstruktion kommt. Oberflächlich ist beispielsweise die Gleichsetzung der Entwicklung des „modernen Rassismus“ mit jener des „modernen Nationalstaats“ (172), ohne die Rolle der Lebenswissenschaften und deren Konzepte von Rasse und (Eu)Genetik auch nur einmal zu erwähnen, obwohl diese diskursbildend für den chauvinistischen und erst recht den faschistischen Nationalstaat waren. Ungenau ist die Rekonstruktion und Kritik von Louis Althusser (125 f.), die im Widerspruch zur grundlegenden, affirmativen Aufnahme der ‚Staatsapparat‘-Kategorie im Denken Poulantzas steht, die Regier ohne Kommentar zu seiner vorherigen Kritik wiedergibt (265).

Ebenso erscheint die von Regier forcierte grundlegende Ablehnung des Machtbegriffes von Michel Foucault sowie überhaupt aller auf ihn zurückführenden Denkbewegungen als widersprüchlich. Der Machtbegriff wird so im Argumentationsverlauf als „zu diffus, um analytisch gehaltvoll gesellschaftliche Herrschafts- und Machtverhältnisse zu begreifen“ (305), kritisiert. Zugleich übernimmt Regier bedingungslos und explizit Foucaults Konzept von Gouvernementalität, das natürlich auf dessen Konzept von diskursiver Macht aufruht. Wenn Regier also bestimmte „Subjektivierungsprozesse“ durch deren Rückführung auf bestimmte „Regierungsweisen“ deshalb kritisiert, weil sie im Namen von Autonomie individuelle Selbstaubeutung herstellen, dann bedient er sich exakt des Machtbegriffes, den er noch wenige Textpassagen zuvor abgelehnt hat. Solche Inkonsistenzen schwächen die Gesamtdarstellung, die insgesamt davon profitiert hätte, souverän eine eng begrenzte Auswahl jener Autor*innen zu treffen, welche für die Etablierung des eigenen Staatskonzeptes wirklich relevant sind. Entsprechend fehlt auch ein zusammenfassendes, konkretisierendes und vor allem eigenständige Formulierungsarbeit leistendes Resümee am Ende des langen fünften Kapitels, welches das gewünschte Staatskonzept sichtbar und handhabbar macht. Dennoch gewinnt man einen groben Eindruck, welche macht- und herrschaftskritischen Dimensionen der Staatsbegriff haben müsste, um als Referenzpunkt des alternativen Konzeptes Politischer Bildung die gewünschten emanzipatorischen Effekte zu erzielen.

Emanzipatorische Effekte bilden das politische Desiderat des Autors. Sie sollen durch das alternative Konzept Politischer Bildung, nämlich durch ‚Soziopolitische Bildung‘, eher erreicht werden können als durch das bestehende Konzept. Um das zu zeigen, geht der Autor klassischerweise von der Defizitdarstellung des bestehenden Konzeptes Politischer Bildung aus (Kapitel eins und zwei) und stellt im

dritten Kapitel, das den Kern des gesamten Buches bildet, eben dieses Konzept der Soziopolitischen Bildung vor. Das vierte Kapitel hat eine Scharnierfunktion, indem es begründet, warum Soziopolitische Bildung ein macht- und herrschaftskritisches Staatskonzept benötigt.

Die ersten beiden Kapitel verfolgen hauptsächlich das Ziel, die herrschaftsstabilisierenden Effekte der bestehenden Politischen Bildung aufzuzeigen. Diese ergeben sich einerseits, so Regier, aus einem bestimmten Staatsverständnis, das gerade nicht Macht- und Herrschaftsdimensionen erscheinen lässt, sondern diese verdeckt, indem der Staat entweder idealisierend als am Allgemeinwohl orientiert dargestellt (28 f.) oder als potenter Problemlöser einer ausdifferenzierten Gesellschaft konzipiert wird (36–42). Andererseits führt auch das didaktische Konzept der Politischen Bildung zur Herrschaftsstabilisierung durch ihre affirmative Rolle als allgemeines „Unterrichtsprinzip“ (53) und durch ihre Didaktisierung (14, 75 f.). Mit „Unterrichtsprinzip“ bezeichnet Regier in Übereinstimmung mit einigen älteren Theoretikern der Politischen Bildung die doppelte, eigentlich dialektische Funktion von Politischer Bildung, einerseits affirmative und andererseits kritische Haltungen gegenüber dem Staat zu bewirken. Mit Didaktisierung kann man den Prozess der „Professionalisierung“ (55) bezeichnen, der ihm zufolge im Kontext von PISA und der daraus folgenden Kompetenzorientierung zu einer inhaltlichen Entleerung geführt hat. Damit einhergehend habe sich die ‚hegemoniale Politische Bildung‘ entpolitisiert (79).

Damit sind die ersten beiden Kapitel auch für den fachdidaktischen Diskurs der Fächergruppe Philosophie und Ethik hochinteressant. Denn die Vermittlung von demokratischen Werten ist genauso im Politik- wie auch im Philosophieunterricht an die bestehende Verfassung gebunden und bewirkt insofern notwendigerweise auch deren Affirmation. Die doppelte, dialektische Funktion von Vermittlung demokratischer Werte einerseits und ihres Einsatzes als Kritikmaßstab an den bestehenden Verhältnissen wird im fachdidaktischen Diskurs der Fächergruppe Philosophie und Ethik schon seit längerem diskutiert. Dieser Zusammenhang von Politischer Bildung und Ethik bzw. Philosophieunterricht, der insbesondere in den Artikeln von Georg Lohmann immer wieder zum Ausdruck gebracht worden ist, bekommt durch den Beitrag von Regier eine neue Dimension. Denn sowohl die ältere Diskussion um den staatlichen Auftrag der demokratischen Wertevermittlung als auch die aktuellere Diskussion um die Grenzen von Kontroversität nehmen nicht das zugrunde liegende Staatsverständnis in den Blick und sehen auch keine entpolitisierende Wirkung in der Fokussierung von Lernstandards und Lernprogression. Dieser Beitrag von Regier verdient Beachtung und kann, beispielsweise zusammen mit der prominent von Andreas Gelhard ausformulierten *Kritik der Kompetenz*, als eine produktive Stoßrichtung auch innerhalb der philosophie- und didaktischen Diskurse angesehen werden.

Die Entwicklung eines alternativen Konzeptes von Politischer Bildung unter dem Namen der ‚Soziopolitischen Bildung‘ geht von den beiden großen Kritiklinien aus, die in den ersten beiden Kapiteln genannt werden. Gemeint ist hier zum einen ein den gängigen Konzepten zugrunde liegendes unkritisches Staatsverständnis und zum anderen eine entpolitisierende Programmatik der Politischen

Bildung selbst. Soziopolitische Bildung benötigt insofern konzeptionell ein kritisches Staatskonzept und ein politisiertes Verständnis von Politischer Bildung. Ersteres entwickelt Regier im vierten und fünften Kapitel, letzteres wird im dritten Kapitel geleistet. Eine Politisierung der Politischen Bildung konzipiert er in erster Linie durch eine grundlegend herrschaftskritische Ausrichtung. Anstatt also Wissen über bestehende Institutionen und ihre Funktionsweisen zu lehren, soll Soziopolitische Bildung zunächst darauf ausgerichtet sein, Herrschafts- und Machtverhältnisse in der Gesellschaft zu identifizieren, mit sozioökonomischen Strukturen in Verbindung zu bringen und in Richtung politischer sowie subjektiver Veränderung weiterzudenken. Entsprechend sind die „grundlegende[n] Begriffe“ der Soziopolitischen Bildung „Kritik, Dialektik, Ideologiekritik, das Politische und Bildung“ (84–95). Während Kritik und Bildung sicherlich auch in der als ‚hegemonial‘ gekennzeichneten ‚Politischen Bildung‘ vorkommen, können mit der Ausrichtung auf die herrschaftskritische Wahrnehmung der sozioökonomischen Strukturen der Gesellschaft und ihre mögliche Transformation durch politische Prozesse emanzipatorische subjektive Effekte vorstellbar sein. Das kann Regier plausibilisieren und zum Ausdruck bringen (102). Leider verliert er sich in einigen Passagen in eher allgemeinen Diskursdarstellungen zu grundlegenden und benachbarten Begriffen, sodass seine innovative, gegen die Kompetenzorientierung gerichtete Idee einer an einem bestimmten Inhalt (sozioökonomische Strukturen und Konflikte) orientierten Politischen Bildung immer wieder aus dem Blick geraten zu droht.

Insgesamt inspiriert die Lektüre der Kritik von Regier an den bestehenden Konzepten der Politischen Bildung zu einer Reflexion über die Auswirkung des gängigen Staats- und Politikverständnisses, das nicht nur den politischen Unterrichtsfächern und Fachdidaktiken, sondern eben auch den philosophischen und ethischen zugrunde liegt. Dies zusammen mit seiner Kritik an der entpolitisierenden Wirkung der Kompetenzorientierung macht sein Buch lesenswert.